

Durchlaucht, meine Damen und Herren!

Es ist für mich Freude und Ehre zugleich, dass ich heute in diesem wunderschönen Kaisersaal des Klosters Corvey nach Roman Herzog die zweite Hoffmann-von-Fallersleben-Rede halten darf.

Dieses Kleinod Corvey, Kloster und Kirche, zu Recht zum UNESCO-Welterbe nominiert, habe ich im jugendlichen Alter von elf Jahren 1947 zum ersten Mal besucht und bewundert, was sich gleich zeigen wird.

Mein Vater, in Brakel aufgewachsen, Abitur Mitte der 20iger Jahre hier in Höxter, besuchte 1947 - nach Rückkehr aus der russischen Kriegsgefangenschaft in die schwäbische Region Hechingen – seine Eltern und Verwandtschaft in Brakel, Beverungen und Höxter und nahm seinen als „Mußpreuße“ in Hohenzollern aufgewachsenen schwäbischen Sohn mit auf diese Reise.

Einer der Höhepunkte dieser Reise muß der Besuch von Corvey gewesen sein, denn zwei von 24 Seiten des von mir verfassten Reiseberichts (hier ist er übrigens!) befassen sich mit Corvey. Das Kloster, die Bibliothek (offensichtlich begann im zarten Alter von elf Jahren schon meine Liebe zu den Büchern), Ludwig der Fromme, Karl der Große mit der Weltkugel, die auswechselbaren Altarbilder, die Steinsärge – alles fand meine bewundernde Beachtung. Offensichtlich imponierten mir aber die an den Dorsalen des doppelreihigen Chorgestühls angebrachten drehbaren Notenpulte und die dahinter wachenden Holzplastiken am meisten. In meinem Bericht liest sich das dann so: „Weiter standen im Chor vorne Chorstühle, in denen die Patres die Heilige Messe verbrachten.

An den Chorstühlen waren Drehpulte, die ebenfalls für die Patres dienen.

Sie stellten da ihre großen Messbücher darauf und beteten.

Hinter den Chorstühlen an der Wand stehen geschnitzte Statuen der ersten Äbte des Klosters. Zwei von den Äbten sind Päpste geworden.“

Hoffentlich stimmt's.

Ich konnte es nicht mehr nachprüfen.

Also: das hat alles den Ministranten Klaus Kinkel mächtig interessiert.

Vor allem kann ich dank dieser frühen Begegnung mit Corvey Altbundespräsident Roman Herzog mindestens in einem Punkt ausstechen: Seine Erstberührung mit Corvey fand erst in erheblich fortgeschrittenerem Lebensalter statt.

Das Grab Hoffmanns habe ich erst bei meinen späteren Besuchen für mich entdeckt und besucht.

Das Deutschlandlied, des rebellischen, aufklärerischen, nationalbewussten Hoffmann-von-Fallersleben hat mich verständlicherweise damals auch noch nicht so sehr interessiert.

À propos: liberale Seelenverwandtschaft:

Ausgerechnet unser schwäbischer 1. Bundespräsident Heuss hatte es nicht so mit Hoffmann und seinem Deutschlandlied.

Er suchte nach einer andren Hymne, und es war nur Adenauer zu verdanken, dass er einlenkte. Natürlich lag das auch daran, dass wir Deutschen uns immer schwer getan haben mit unserer Nationalhymne.

Er stimmt schon: Unser Umgang mit ihr ist ungelenk, verklemmt, versehrt, ein Ausdruck der Versehrtheit unserer Nation.

Schon Hoffmann tat sich schwer mit seinem Lied und löste wahrlich nicht nur Begeisterung aus.

Das Dritte Reich hat dann das Deutschlandlied pervertiert.

Tucholsky nannte es ein schlechtes Gedicht.

Golo Mann erklärte, im Vergleich zur Marseillaise sei es die „zarteste Lyrik“.

Und ausgerechnet schwäbische Landtagsabgeordnete – ich schäme mich – sprachen vom nationalistischen Sauflied.

Solche süddeutschen Verirrungen können nur teilweise wenigstens korrigiert werden durch Hoffmanns furchtbare Verbindungen zu den badischen Liberalen – Rebellen wie Karl Welcker (dem das 1. Singen des Deutschlandliedes in Hamburg 1841 gegolten hatte) und Friedrich Hecker, dessen kämpferische Lieder, den unpolitischen Liedern Hoffmanns ähnlich, mir sehr gut gefallen.

Dies alles findet leider wieder einen Kontrapunkt darin, dass der Versuch des heimatlos umherirrenden Hoffmanns im liberalen Großherzogtum Baden Bürgerrecht zu erlangen, leider auch scheiterte.

Dem „badisch-veredelten Mußpreußen Kinkel“, wegen seines früheren Karlsruher Bundestagswahlkreises so genannt, bereitet das noch nachträglichen Kummer.

Ist doch bekannt, dass es nicht selbstverständlich ist, dass ein Schwabe in Baden freundlich aufgenommen wird und sogar einen Wahlkreis haben darf.

Tröstlich aus liberaler Sicht ist wiederum allerdings, dass der spätere liberale Bundespräsident Scheel als junger Landtagsabgeordneter mit den sogenannten Jungtürken Willy Weyer - Gott hab' ihn selig - und der heute über 80-jährigen Lieselotte Funke ihrem Parteifreund Heuss wegen dessen Haltung zur Hoffmann-Hymne mächtig Widerstand entgegengesetzt und so sicher schließlich auch zu seinem Sinneswandel beigetragen haben.

Letztlich kann Hoffmann mit uns Liberalen doch wohl seinen Frieden machen; wir jedenfalls sind stolz auf ihn, den liberalen, republikanisch-freiheitlichen Bürgersinn Suchenden.

Anrede!

Roman Herzog schloß seine letztjährige Rede mit der Bemerkung:

„Aber vielleicht sollten wir im Zeitalter des restlos überforderten Staates auch auf den letzten Satz der dritten Strophe des Deutschlandliedes achten:

„Blüh im Glanze dieses Glückes, blühe deutsches Vaterland“.

Laßt uns über seine Anregung nachdenken, was das ist, das „Glück des Vaterlandes“.

Ja, es lohnt sich darüber nachzudenken.

Hoffmann ging es mit seinem Lied und auch dem letzten Satz um die nationale Einigung der deutschen Teilstaaten.

Übertragen auf heute:

Dass nach zwei von Deutschen verursachten Weltkriegen und dem Holocaust 1945 das zerstörte und am Boden liegende Deutschland, das sich selbst ohne die Hilfe der Alliierten, vor allem der Amerikaner, vom Tyrannen nicht befreien konnte, in zwei Teile zerbrach, war eine Katastrophe.

Dass unser Land nach 1945 durch eine kluge Außen- und Wirtschaftspolitik und die Leistung der Deutschen wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen wurde; dass die Ost-Politik erfolgreich war und 1989/1990 die Ost-West-Auseinandersetzung, eine Weltgeisel, ein Ende fand (übrigens wieder hauptsächlich durch die Hilfe Amerikas), die Mauer einstürzte und

Deutschland und Berlin wiedervereinigt wurden, war mehr als ein Glücksfall und das freudigste Ereignis für unser Land und die Deutschen im letzten Jahrhundert.

Einigkeit und Recht und Freiheit haben wir also im Sinn des Hoffmannschen Deutschlandliedes wieder erreicht.

Blüht aber das deutsche Vaterland im Glanze dieses Glücks?

Wäre Hoffmann-von-Fallersleben mit uns zufrieden?

Sicher nicht ganz.

Dem Glücksgefühl von 1989 und der begeisterten Euphorie folgte allzu rasch Ernüchterung, Selbstverständlichkeit.

Wir haben das große Glück allzu schnell vergessen.

Da ist nörgelnde Unzufriedenheit, z.B. ob der Kosten und den „Mühen der Ebene“ nach der Wiedervereinigung.

Die Aufbruchstimmung ist weitgehend verflogen.

Wir haben, so jedenfalls mein Eindruck – ich hatte das Glück und die Chance, die Wiedervereinigung im Innern mitgestalten zu dürfen – aus den Möglichkeiten und Chancen nicht das gemacht, was möglich gewesen wäre.

Ich will nicht in Pessimismus verfallen oder die allgemein eher pessimistische Grundstimmung in Deutschland weiter anheizen, zumal insgesamt dafür kein Grund besteht; vielmehr sagen, dass die Wiedervereinigung zweifellos Opfer verlangt hat; dass andererseits aber auch außerordentlich viel erreicht wurde, vor allem in den neuen Ländern.

Dass wir in Deutschland – trotz ökonomischer Probleme – im Weltmaßstab nach wie vor als drittstärkste Wirtschaftskraft und zweitstärkste Exportnation vergleichsweise günstige politische, wirtschaftliche und auch kulturelle Rahmenbedingungen haben, kann doch nicht ernsthaft bezweifelt werden. Vor allem die 3. Welt beneidet uns darum.

Andererseits: Leider ist es auch so, dass die konjunkturelle Situation mit Arbeitslosigkeit, Investitionsschwäche, das ächzende Gesundheits- und Sozialsystem, unsere Bildungsprobleme gleichsam der Eisberg einer gewissen Erstarrung, Verkrampfung der Strukturen von Gesellschaft und Wirtschaft sind, eines erstickenden Geflechts von tausenden von gesetzlichen und anderen Vorschriften. Wir sind überreguliert, überverrechtlicht.

Wir sind wie Gulliver durch tausende von Fäden an den Boden gebunden, relativ unbeweglich, unflexibel und nicht in der Lage, unsere eigentliche Kraft zu entfalten.

Bundespräsident Herzog hat 1997 durch seine Ruckrede den politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Führungseliten – und auf sie kommt es an – eine Standpauke gehalten, aber eben auch Wege aus dieser Situation gewiesen.

Der frühere Bundeskanzler Schmidt hat kürzlich in einer Würdigung dieser Standpauke in der „Zeit“ festgestellt, dass leider die politischen Eliten, die Manager, die Verbände, die Gewerkschaften diese Kritik offensichtlich nicht hören wollten und auch nicht reagiert haben. Er weist m.E. zu Recht darauf hin, dass Regierungen, Bundestag und Bundesrat – und hier beziehe ich meine Partei und mich mit einem deutlichen mea culpa ein – ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Volk nicht ausreichend wahrnehmen und begreifen wollen, weil ihnen ihr parteitaktisches Denken den Blick verstellt oder weil sie Angst davor haben, die Interessen von solchen Teilen der Gesellschaft zu verletzen, von denen sie sich abhängig fühlen.

Offenbar fehlen zu oft in der Politik die gebotene Urteilskraft und der notwendige Mut zum Handeln. Kommissionitis und Konsensualismus sind eher Schwäche.

Goethe meinte ganz zu Recht, das größte Bedürfnis, die tiefste Sehnsucht der Menschen sei eine mutige Regierung.

Ja, wir leben klar über unsere Verhältnisse, und brauchen dringend mehr Mut zu Reformen und mehr Wettbewerb auf allen Gebieten.

Die Menschen müssen spüren können, dass die Politiker aller Couleur sich gerade in schwierigen Zeiten zur Zusammenarbeit bereit finden, nicht für ihren parteipolitischen Vorteil kämpfen, sondern für Arbeitsplätze und das öffentliche Wohl.

Gleiches gilt für die Medien.

Unsere Politik wird zu sehr von Flachwurzlichkeit, Oberflächlichkeit, Beliebigkeit bestimmt, sie muß wieder zu moralisch-ethischen Wertvorstellungen finden. Substanz ist wichtiger als schaustellerische Fähigkeiten.

Dies ist alles andere als altmodisch!

Andernfalls wird die schon vorhandene Politik- und Parteiverdrossenheit weiter zunehmen (- eine Umfrage der letzten Woche sah Politik und Partei-Zustimmung im einstelligen Bereich -), und die Bürger, so wie es Baring kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gefordert hat, vielleicht doch noch auf die Barrikaden gehen.

Da wäre Hoffmann wohl dabei gewesen, wie jahrelang im Südwesten bei den Diskussionen der liberalen Kammerabgeordneten zu Land- und Steuerreform, Reform von Verwaltung und Schulen.

Das klingt bekannt.

Er würde uns zurufen:

Wir sind doch in unserer Geschichte mit ungleich größeren Herausforderungen fertig geworden.

Nein, so ganz im Glanze seines Glückes blüht unser wiedervereinigtes Deutschland nicht.

Anrede!

Hoffmann-von-Fallersleben müsste heute sicher nicht mehr wegen seiner kritischen, manchmal aufrührerischen, die Jugend angeblich verderbenden „unpolitischen Lieder“ den öffentlichen Dienst quittieren und jahrelang relativ heimatlos umherirren; Zensur und Knebelung der Presse, Militär und Polizei kritisieren; aber vielleicht würde er sich angeregt fühlen, diesmal „politische Lieder“ an die Führungseliten in Deutschland zu richten.

Wacht auf!

Einigkeit und Recht und Freiheit müssen immer wieder neu errungen und verantwortungsethisch umgesetzt werden.

Dieser Appell würde und dürfte sich sicherlich nicht nur an die Deutschen, an die deutsche Nation, richten, die aus und mit ihrer Geschichte lebt und weiter bestehen wird; sondern natürlich auch an die Europäer, an Europa.

Dies ganz einfach deshalb, weil schon längst kein europäischer Staat mehr allein Frieden, Sicherheit und öffentliches Wohl schaffen und garantieren kann.

Je besser wir die Brüche und Irrwege unserer Vergangenheit verstehen, um so eher werden wir die aus unserer Geschichte gewachsenen Aufgaben begreifen: Bewahrung der deutschen Nation, Schaffung Europas, Sicherung des Friedens.

So ist es dann sicher nicht verwegen oder gar unhistorisch, Hoffmann-von-Fallerslebens dritte Strophe des Deutschlandliedes als Wunschvorstellung auch auf Europa zu übertragen, zumal Hoffmann sich ja auch in europäischen Ländern bewegt und wohlgeföhlt hat. Sein besonderes Interesse galt zeitlebens der niederländischen Literatur und Volksüberlieferung.

Wir Deutsche dürfen nicht vergessen, dass es unter anderem der Freiheitswille der Menschen in den heutigen Beitrittsländern war, der entscheidend zu unserer Wiedervereinigung beigetragen hat.

Über Jahrzehnte hatten wir den Menschen dieser Länder zugerufen, werft den Kommunismus ab, kommt in unsere freiheitliche westliche Wertegemeinschaft.

Jetzt dürfen wir sie nicht enttäuschen.

Jetzt haben wir Deutsche gerade eine besondere Verantwortung, wenn es um die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO geht.

„Einigkeit und Recht und Freiheit“ haben wir ihnen zugesagt und mehr.

Mit der gerade jetzt am 18. April erfolgten Erweiterungs-Vertragsunterschrift der europäischen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und den zehn Beitrittsländern in Athen kommt die Revolution von 1989 an ihr Ziel.

14 Jahre nach dem weltweit bejubelten Sturz der kommunistischen Diktaturen besiegelt Europa mit historischer Symbolik seine neue Form.

Es ist der größte Beitrittsprozeß in der Geschichte der Europäischen Union, der den alten Kontinent verändern wird wie kaum eine Entscheidung zuvor.

Und doch beschleichen die Architekten und uns alle bange Fragen, was dieses Europa im innersten zusammenhalten soll.

Quo vadis Europa?

Schaffen wir für ganz Europa die Einigkeit, rechtsstaatliche Strukturen und absolute Freiheit?

Kann dieses Europa im Glanze seines Glückes blühen?

Nie waren die europäischen Länder wirtschaftlich so verwoben wie heute.

Noch nie aber seit der Gründung der Europäischen Union außenpolitisch so zerrissen.

Der Irak-Krieg hat die Gemeinschaft in der zentralen Frage von Krieg und Frieden tief entzweit. Von Einigkeit im Hoffmannschen Sinne kann in der europäischen Außenpolitik jedenfalls, und sie ist nun mal mit der zentrale Kern Europas, leider nicht die Rede sein.

Es hätte möglich sein müssen, dass in der zweifellos hochkomplizierten Irak-Frage Europa mit einer Stimme spricht und sich auf die Notwendigkeit einer zweiten Sicherheitsratsresolution festlegt.

So aber hat sich Europa auseinanderdividieren lassen und dadurch als Ganzes keine Rolle gespielt.

Die Briten standen und stehen aus historischen Gründen eng zu den USA; die Haltung des spanischen Regierungschefs Aznar war eher überraschend.

Deutschland ist aus Wahlkampfgründen unnötig vorgeprescht, hat sich viel zu früh festgelegt, und mit Frankreich und Russland eine unglückselige Achse gebildet. Hätten wir nicht etwas vorsichtiger, diplomatischer und auch den Amerikanern gegenüber dankbarer sein können?

Die Achsenbildung hat dann zunächst acht und später zehn andere europäische, hauptsächlich Beitrittsländer zur Unterstützung Amerikas veranlasst.

Der Bruch war da. -

Dabei ist es doch verständlich, dass die Beitrittsländer vor allem aus wirtschaftlichen Gründen in die Europäische Union drängen.

Sie bauen sicherheitsmäßig eher auf die NATO und die USA.

Der polnische Präsident Kwasniewski hat es auf die Formel gebracht: „Wenn Polen

Terrorismus oder ein anderer unvorhergesehener Angriff drohte, auf wen könnten wir zählen: auf USA oder das Weimarer Dreieck?

Die harsche Zurechtweisung Chiracs den USA-Unterstützern gegenüber war unberechtigt und anmaßend. Gerade wir Deutschen müssen besonderes Verständnis für die Ost-Europäer haben, denn wir haben uns nach 1945 unter den amerikanischen Sicherheitsschirm gedrängt, der uns im geteilten Deutschland und Berlin oft geholfen und schließlich zur Wiedervereinigung verholfen hat.

Die Amerikaner haben natürlich auch große Fehler gemacht in der Irak-Frage.

Gedemütigt und wachgerüttelt durch die Ereignisse vom 11. September haben sie von Anfang an zu deutlich gesagt, dass sie auch ohne Sicherheitsratsmandat mit einer Koalition der Willigen handeln würden.

Dazu kam die laufend wechselnde Begründung für die Militäraktion:

Es begann mit der notwendigen Vernichtung von Massenvernichtungswaffen, dem Sturz Saddams, der Zusammenarbeit mit Al Quaida und endete mit der Domino-Theorie – „wishful thinking“ in meinen Augen!

Letztlich fehlte wohl im Gegensatz zu der Situation im Kosovo die unmittelbare Bedrohung. Der wirkliche politische Grund für den Einsatz, und auch die völkerrechtliche Begründung, zum Teil von Europäern (Großbritannien, Spanien) mitgetragen, war eher fadenscheinig.

Gemeinsames Rechtsempfinden der Europäer in solch einer wichtigen Frage?

Fehlannonce.

Hoffmann-von-Fallersleben könnte es nicht freuen.

Massenvernichtungswaffen wurden nicht gefunden, Al Quaida-Verbindungen auch nicht.

Bisher jedenfalls nicht.

Getrieben von demokratischem, religiösem Sendungsbewusstsein, von der Angst vor ähnlichen Terroranschlägen wie am 11. September und natürlich auch aus innenpolitischen Erwägungen haben die Amerikaner aber schneller als erwartet das Saddam-Regime gestürzt, den Menschen im Irak die Chance eines freien Lebens verschafft.

Der Preis war allerdings hoch:

Eine angeschlagene NATO, eine geschwächte UNO, ein zerbröseltes Europa und ein an die Wand gefahrenes deutsch-amerikanisches Verhältnis.

Europa und die USA sind schuld daran.

Wer den größeren Teil an Schuld trägt, darüber streiten sich die Menschen, Politiker und die Edlen im Lande bis zu Enzensberger und Habermas in der FAZ.

An dem, was jetzt an wirtschaftlichem und demokratischem Aufbau im Irak kommen muß, werden sich die USA die Zähne ausbeißen und brauchen sicher die UNO und die Europäer.

Also: Es ist allerhöchste Zeit, wieder aufeinander zuzugehen.

Anrede!

Trotzdem muß sich vor allem Europa natürlich fragen, ob wir in der Lage sind, auf die drängenden Herausforderungen unserer Zeit angemessene Antworten zu finden.

Diese neuen Bedrohungen treffen uns genauso wie die USA und den Rest der Welt – wenn nicht stärker.

Internationaler Terrorismus, fundamentalistische-islamistische Bedrohungen, Kriminalität, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Eskalationspotential von Regionalkonflikten, Ströme von Flüchtlingen, Bedrohung von Handelswegen, Streit um knapper werdende Ressourcen, weltweite Umweltzerstörung, weltweite Proteste gegen Globalisierung.

Die Bedrohungen sind anders geworden, paradoxerweise gleichzeitig konkreter, unmittelbarer, und doch weniger fassbar.

Die Amerikaner haben darauf reagiert.

Sie haben von der bisherigen Abschreckungspolitik auf Präventivpolitik umgeschaltet.

Völkerrechtlich nicht unbedenklich:

Den Bin-Ladens und Saddam Husseins dieser Welt soll vorbeugend das Handwerk gelegt werden.

Siehe Irak.

Kein Zweifel: Wir stehen am Beginn einer neuen Weltordnung.

Wobei die Amerikaner an die Lehren der Geschichte denken sollten, dass Hegemonien oft an der Überdehnung ihrer Macht gescheitert sind.

Denken wir an die Reiche der Perser, das Imperium Romanum, Spaniens Weltreich und die Herrschaft Napoleons.

Und wir Europäer?

Während des Kalten Krieges waren wir Hauptbrennpunkt, Hauptrisikogebiet und zumindest zum Teil auch mit Hauptakteur der Weltpolitik.

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben wir uns zwangsläufig auf die Wiedervereinigung und die Neugestaltung unseres Kontinentes konzentriert.

Ohne Zweifel wichtig, auch vom internationalen, weltweiten Kontext her, und das hat viel Kraft gekostet.

Aber wir haben uns dabei nach Jahrzehnten der Bedrohung außen- und sicherheitspolitisch so verhalten, als seien wir in eine Art Sicherheits-„Kokon“ eingebettet, ein Sicherheits-Bett aus Watte-Bäuschchen. Als gäbe es keine wirkliche Bedrohung von außen mehr!

Die Ereignisse auf dem Balkan in der zweiten Hälfte der 90er Jahre haben gezeigt, dass das nicht richtig war.

Bedrohung und Unsicherheit, Gewalt und Krieg waren mit dem Ende des Kalten Krieges nicht nur nicht verschwunden, sondern sogar in Europa selbst wieder zur Realität geworden.

Mit massiver Hilfe – und „Hilfe“ ist hier fast eine Untertreibung – der Amerikaner haben wir Europäer die Probleme auf dem Balkan mehr schlecht als recht in den Griff bekommen.

Auch Afghanistan – wieder und vor allem dank der USA.

Ohne dass wir daraus ernsthaftere sicherheitspolitische Konsequenzen gezogen hätten –für unsere vernachlässigten Militärhaushalte oder im Hinblick auf eine bessere Bündelung unserer begrenzten nationalstaatlichen Kapazitäten.

Von einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wurde viel geredet, aber geschehen ist bis zum heutigen Tag leider relativ wenig.

Dann kam der 11. September, und urplötzlich wurde zum 2. Mal deutlich, dass die Welt mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht sicherer geworden war – im Gegenteil.

Hat der 11. September uns Europäer zumindest aufgeweckt?

Für kurze Zeit – aber inzwischen sind wir doch eher wieder im Wattebäuschchen-Kokon verschwunden.

Die USA sehen uns als Weicheier.

Eher orientiert an Urlaub und Wohlergehen; pazifistische Schwätzer eben!

Als Zuschauer auf der Tribüne, wenn es um wirklich wichtige Aufgaben der Außen- und Sicherheitspolitik geht.

Aber sollte Europa eine eigenständige außenpolitische Rolle denn überhaupt anstreben?

Ja.

Wir sind

- als hochentwickelte und tiefvernetzte Gesellschaften von möglichen Terroranschlägen extrem stark gefährdet;
- aufgrund unserer Exportorientierung von einem möglichst reibungslosen Ablauf der Globalisierungsprozesse, vom freien Welthandel und von einer gesicherten Rohstoffversorgung stärker abhängig als viele andere;
- aufgrund demographischer Probleme und sensibler innenpolitischer und sozialer Gleichgewichte von ungesteuerter, möglicherweise massenhafter Migration potentiell besonders gefährdet und gleichzeitig auf gesteuerte Migration zunehmend angewiesen.

Wir stehen wegen der europäischen Kolonialvergangenheit und engen historischen Bindungen etwa Deutschlands zu Israel in besonderer Verantwortung für viele reale oder potentielle Krisenregionen dieser Erde.

Wir verfolgen als europäische Wertegemeinschaft ohnehin den für unsere Gesellschaftssysteme mit konstitutiven Anspruch, uns nicht nur um unser eigenes Heil zu scheren.

Wir werden als engste Partner der Amerikaner die Lasten der Weltverantwortung nicht auf Dauer auf unsere Freunde auf der anderen Seite des Atlantiks abschieben können.

Vor allem auch dann nicht, wenn wir Europäer uns gleichzeitig auch weiterhin das Recht herausnehmen möchten, Amerika zu kritisieren und sein Handeln nach Möglichkeit auch wirklich zu beeinflussen, wenn wir die Dinge einmal anders sehen.

Und wer sonst wäre neben Europa da, um mit den Amerikanern gemeinsam die Verantwortung für eine sichere, stabile und prosperierende Welt zu schultern?

Die Chinesen sind (auch militärisch) im Kommen, aber verständlicherweise – zumindest noch – auf sich selbst fixiert.

Die Russen sind weiter eine militärische Großmacht und für die Zukunft aufgrund ihres Potentials nicht abzuschreiben, brauchen aber Zeit für ihre innere Transformation.

Die Japaner haben wirtschaftliche Probleme und halten international an ihrer Kultur eines begrenzten Engagements fest.

Wir Europäer müssten also wirklich jedes Interesse daran haben, die Verantwortung für diese Welt nicht allein den USA zu überlassen.

Aber uns fehlt das Verantwortungsgefühl – und damit verbunden auch die Bedrohungsperson, die Person für die Dringlichkeit, jetzt wirklich international, weltweit mehr Verantwortung zu übernehmen. Dafür reicht das Engagement der Bundeswehr in Bosnien, im Kosovo und in Afghanistan nicht aus, so lobenswert es ist.

Wir müssen in unserem eigenen Interesse dazu übergehen, sozusagen aus der Hubschrauber-Perspektive auf die Welt und ihre Probleme und Bedrohungen zu blicken – und nicht wie bisher aus einer Art U-Boot-Perspektive, eingetaucht in den Bodensee, die Ostsee oder im Mittelmeer.

Was können, was müssen wir tun?

Zum einen uns jetzt nicht überschätzen – so widersprüchlich das nach dem, was ich eben gesagt habe, erscheinen mag.

Wir können mit der wirtschaftlich, politisch und vor allem militärisch weit davongezogenen, einzig verbliebenen Weltmacht USA nicht gleichziehen – wir (und auch die Amerikaner) werden mit dem Loch leben müssen.

Aber wir dürfen es nicht immer größer werden lassen und uns in unseren Kokon zurückziehen – das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Wir müssen aufpassen, dass die NATO gerade nach Irak nicht in Irrelevanz verschwindet – denn sie ist und bleibt die wichtigste Verbindung über den Atlantik, der Garant für die Sicherheit und Stabilität in Europa und nicht zuletzt das weltweit einzige operative Militärbündnis.

Gerade Europa muß den VN viel Aufmerksamkeit schenken.

Und wir müssen gleichzeitig – ohne in Konkurrenz zur NATO zu treten – die europäische Verteidigungspolitik stärken und ausbauen.

Die Grundsteine sind ja gelegt.

Ein völlig verfehelter Ansatz allerdings war das vorgestrige Treffen Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens und Deutschlands zur Gründung einer Kern-Verteidigungsunion, mit Spott „Pralinen-Gipfel“ genannt.

Das konnte nur danebengehen.

Bei allen tatsächlich in Europa bestehenden Divergenzen und manchmal auch Eifersüchteleien gilt doch:

Letztlich sind wir Europäer uns politisch, kulturell, durch unsere geopolitischen Interessen und nicht zuletzt aufgrund unserer wirtschaftlichen Verflechtung untereinander doch immer noch am nächsten.

Und wir werden das, was uns an weltweiten Interessen und Grundübereinstimmungen eint, aufs Spiel setzen, wenn wir uns im kleinstaatlerischen Streit über tatsächliche oder vermeintlich unterschiedliche Einzelinteressen verlieren.

Hoffmann-von-Fallersleben müsste sich heute auch der Erkenntnis anschließen, dass gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik die Beschränkung auf das Nationale nicht mehr möglich ist.

Anrede!

Das gilt auch für die europäische Erweiterung.

Ist die Union darauf vorbereitet?

Sicher nicht so, wie sie es sein müsste.

Das liegt allerdings nun wirklich nicht an den Bewerberstaaten.

Die Menschen in den Beitrittsländern haben sich in den zurückliegenden Jahren enorm angestrengt, um die Beitrittsfähigkeit zu erreichen.

Sie brauchen Licht am Ende des Tunnels, damit die Begeisterung für Europa nicht erlahmt.

Die Europäische Union hat ihre Hausaufgaben für die Erweiterung nicht ausreichend gemacht.

Die Staats- und Regierungschefs haben die Chancen zunächst in Berlin 1999 vergeben, als sie es nicht schafften, Regionalförderung, Agrarpolitik und EU-Finanzierung auf eine neue Grundlage zu stellen.

Ein Jahr danach folgte in Nizza die Missgeburt des neuen EU-Vertrages, der beinahe an der Volksabstimmung in Irland gescheitert wäre.

Die Agrarpolitik bleibt ein Riesenhemmschuh.

Nun soll der EU-Konvent über eine neue Verfassung die Lösung bringen.

Ich habe meine Zweifel, ob sie in der Lage sein wird, Europa, an dem zunehmend auch Zweifel bestehen, in den Köpfen und Herzen der Menschen stärker zu verankern.

Meine Sorge ist, dass die Verfassung doch eben eine Sache der oberen Zehntausend und nicht des Volkes ist.

Alle sind sich einig, dass in Groß-Europa nichts ohne eine Neuordnung der Arbeitsweise der EU-Gremien funktionieren wird.

Fünf Kernfragen stellen sich:

1. Soll es bei der halbjährlich rotierenden Präsidentschaft bleiben? Wohl nicht.
2. Wie groß soll die Kommission sein?
13 / 15 / 20 – oder jedes Land 1 Kommissar?
3. Wer soll ihren Präsidenten wählen ?
4. Soll es einen Kongreß aus Europa-Parlamentariern und Abgeordneten der nationalen Parlamente geben? Wohl nein!
5. Alles offene Fragen: Nur Einigkeit bei einem europäischen Außenminister, den ich auch noch nicht sehe.

Sonst großes Geschrei nach den Vorschlägen von Giscard d'Estaing letzte Woche.

Fazit:

Es bleibt noch viel zu tun.

Europa steht mit der Osterweiterung und den wichtigen institutionellen Reformen vor entscheidenden Weichenstellungen.

Gleichzeitig wächst überall die Integrationsskepsis.

Woran liegt das?

Zum einen sicher an der Verärgerung vieler Bürger über die immer weiter wachsende Regelungsflut aus Brüssel.

Und damit an der Unzufriedenheit über die wachsende Kompliziertheit, Undurchschaubarkeit der europäischen Entscheidungsprozesse.

Zum anderen gibt es natürlich auch unterschwellige Sorgen und Ängste in den bisherigen Mitgliedsländern über zusätzlichen Druck auf den Arbeitsmarkt, vor allem in den Grenzgebieten.

Das Brüsseler Europa hat sich seinen Bürgern entfremdet.

Es wird daher eine der wichtigsten Aufgaben des Europäischen Konvents sein, die Zweifel an der demokratischen Legitimation, der Kontrollierbarkeit, der Handlungsfähigkeit und nicht zuletzt der Finanzierbarkeit des Integrationsprozesses zu beseitigen.

Und das bleibt schwierig.

Wir brauchen auch einen Ruck in der Europa-Politik.

Die Europäische Union hat doch große Erfolge vorzuweisen:

Vollendung des Binnenmarktes, Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion und Einführung des Euro, Versuch der Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Fortschritte auch bei der Entwicklung einer gemeinsamen Innen- und Rechtspolitik.

Es war die große Leistung der Europäer der ersten Stunde, Monnet, Schuman, Adenauer, die bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erkannt hatten, dass die Zeit der Kriege und Konflikte zwischen den europäischen Nachbarvölkern nur durch ein umfassendes Integrationswerk beendet werden konnte.

Das muß unser Ziel bleiben.

Anrede!

Zurück zu Hoffmann-von-Fallersleben:

Habe ich ihn mit dem Bezug auf Europa überdehnt?

Dreht er sich draußen in seinem Grabe um?

Ich hoffe nicht.

Wenn doch, bitte ich den liberalen Rebellen um Nachsicht.

Im früheren Außenminister glimmt natürlich in einer außen- und sicherheitspolitisch so interessanten und wichtigen Zeit noch die Glut, sich zu den aufregenden Verflechtungen dieser komplizierten Welt zu äußern.

Die sapientia senectutis des bald 67-Jährigen und die eher wieder kontemplative Phase wird mich spätestens nachher erreichen, wenn ich erneut das Grab Hoffmann's-von-Fallersleben besuche und nochmals Gelegenheit erhalte, die faszinierende Bibliothek dieses Klosters zu bewundern.

Sie ist übrigens ein Denkmal europäischer Hochkultur, vornehmlich des 19. Jahrhunderts.

Das bringt mich – wie Roman Herzog – am Schluß meiner Ausführungen zu einer Anregung, nämlich, dass besonderes Nachdenken auf Hoffmann-von-Fallersleben als „Kenner der Kulturen der Welt“ gelegt werden könnte und sollte.

Damit hat er sich viel beschäftigt; das zeigen u.a. die in seiner Zeit erworbenen wunderschönen Bildbände verschiedener Kulturen.

Spätestens die Ereignisse vom 11. September in den USA haben uns doch gezeigt, dass wir in Europa und Deutschland viel zu wenig von der Welt des Islam und anderen Kulturen wissen.

Und dass wir uns bei all dem, was es an Problemen in der Welt gibt, nun wirklich nicht den Huntington'schen Clash der Kulturen leisten können, sondern dringendst weltweit den interkulturellen Dialog brauchen.

Und das geht nicht ohne neugieriges Informationsbedürfnis und Lernen aus Büchern, z.B. hier in Corvey.

Heinrich Heine und Hoffmann von Fallersleben – fast gleichaltrig, beide als Studenten an den Universitäten Bonn und Göttingen, beide den Idealen der franz. Revolution „Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit“ verpflichtet – spotteten viel und schrieben Parodien übereinander. In „Deutschland. Ein Wintermärchen“, Caput 2, fand ich eine köstliche Passage, die uns zur Corveyer Bibliothek zurückführt, und damit will ich wirklich schließen. Heine beschreibe hier, wie er 1844 bei seinem Grenzübertritt von Frankreich nach Deutschland „visitiert“ wird:

Beschnüffelten alles, kramten herum

In Hemden, Hosen, Schnupftüchern;
Sie suchten nach Spitzen, nach Bijouterien,
Auch nach verbotenen Büchern.

Ihr Toren, die ihr im Koffer sucht!
Hier werdet ihr nichts entdecken!
Die Konterbande, die mit mir reist,
die hab ich im Kopfe stecken.

(und einige Zeilen weiter....)

Und viele Bücher trag ich im Kopf!
Ich darf es euch versichern,
Mein Kopf ist ein zwitscherndes Vogelnest
Von konfiszierlichen Büchern.

Glaubt mir, in Satans Bibliothek
Kann es nicht schlimmere geben;
Sie sind gefährlicher noch als die
Von Hoffmann von Fallersleben! -